

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Robert Brödel  
Redaktions- und Geschäftsstelle:  
Ruhlsdr. 10, Dresden  
Telefon: 10111

Druckerei: Druckerei Brödel  
Ruhlsdr. 10, Dresden  
Telefon: 10111

Druck: Druckerei Brödel  
Ruhlsdr. 10, Dresden  
Telefon: 10111

## Die schwere Schlägerei im Reichstag

### Kommunistische Schmähung Hindenburgs

Stimmungs- und Berichterstattung

Berlin, 7. Dez. Nachdem der Reichstag gestern in äußerster Ruhe jedoch innerlich bereits in einer gewissen Konfliktstimmung eröffnet worden war, kam es in der Mittwochs-Sitzung, wie in einem Teile der Auslage bereits mitgeteilt worden konnte, zu den ersten tatsächlichen Auseinandersetzungen. Die Gegenläufe im Hause entzündeten sich an einem an sich nicht sehr belangreichen Zwischenfall auf der Publikums-Tribüne bei Differenzen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Zuhörern, die in eine wilde Schimpferei ausarteten und die der kommunistischen Reichstagsfraktion den erwünschten Anlaß zu den Sturmjahren gaben, die die unmittelbare Folge waren. Als nämlich die Tribünenblende mit den kommunistischen Redaktoren nicht fertig werden konnten, griffen diese zu ungeschickten, teilweise gar zu ungeschickten, Griffen, die die Ruhe wiederherstellten. Es elite die

kommunistische Fraktion im Sturmschritt nach dem Tribünenantritt, sich aber im Hause hinter dem Präsidentenstuhl auf die nationalsozialistische Fraktion, die bereits vorzeitig hatte und ebenfalls zur Stelle geeilt war. Im Ru war ein Handgemenge im Gange, bei dem die Kommunisten selbstverständlich den Kürzeren zogen.

Die Abgeordneten aller von allen Seiten Unterstützung für die kämpfenden Parteien herbei. Ein Teil davon lag nach die Kasse. Spuchworte folgten. Ein kommunistischer Abgeordneter brach mit Kopferwürgungen zusammen. Der nationalsozialistische Abg. wurde von dem Tribünen getroffen. Als weitere Zwischenfälle dienten ein Tisch, es waren sich eine Lage anzuordnen, wie sie sich schließlich im Preussischen Landtag ergab.

Da die Kommunisten schließlich aber schickten, gelang ein vollständiger Einverständnis, wie er sehr leicht die Folge dieses Zusammenstoßes hätte sein können, nicht.

Langsam noch mochte die Erregung im Hause nach. Die Sitzung war für längere Zeit unterbrochen. Im Plenum selbst war es heute leidlich ruhig. Die Parteien bemühten sich, sachliche Debatten zu führen. Mit einem Kampum in Höhe als dritten Vizepräsidenten begann es. Die Nationalsozialisten wollten den Wahlgang nicht anerkennen und die Wahl des dritten Vizepräsidenten wiederholen. Dies scheiterte am Widerstand der Mehrheit des Hauses, das es für unannehmbar hielt, ein solches Scheitern endgültiges Abstimmungsresultat hinterher umzuwerfen. Eine weitere Note brachte dann die Verlesung der Wahlprotokolle für die Schriftführer, Ausschussvorsitzenden und sonstigen Organe des Reichstagsbüros, denn man hatte die kleine Hochhaltigkeit begangen, u. a. Duander zu zum Schriftführer zu wählen.

Der Führer der Deutschnationalen lehnte diese Wahl aber mit folgendem Brief an den Reichstagspräsidenten ab: „Die auf mich gefallene Wahl zum Schriftführer ist offenbar von einer schwarz-rot-braunen Mehrheit vorgenommen. Es ist für mich nicht ohne Risiko, dieses Zusammenwirken festzustellen. Das Vertrauen einer solchen Wahlgemeinschaft fürchte ich nicht rechtfertigen zu können. Ich lehne daher die Wahl ab.“

Nach der Unterbrechung durch die Schlägerei fand dann das Stellvertreterengesetz zur Debatte. Es will die

Bestimmungen der Reichsverfassung bekanntlich dahin abgeändert wissen, daß nicht etwa wie vorgelesen, von Fall zu Fall der Reichstag einen Stellvertreter des entweder verstorbenen, in seinem Dienst behinderten oder aus anderen Gründen ausfallenden Reichspräsidenten durch Gesetz bestimmt, sondern daß in allen diesen Fällen

#### automatisch der Reichspräsident Stellvertreter des Staatsoberhauptes

wird. Für diesen Vorschlag hat sich eine Einheitsfront von Nationalsozialisten, den katholischen Parteien, den Splittergruppen der Mitte und den Sozialdemokraten gebildet, freilich aus ganz verschiedenen Motiven heraus. Die Nationalsozialisten dürften dabei von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß ein Reichspräsident, der zwar nicht ist, aber Hindenburgs Vertrauen besitzt, eines Tages zu allen anderen Vollmachten auch noch die Vollmachten des Reichspräsidenten in seine Hand bekommen könnte.

Der Vorschlag richtet sich also praktisch gegen jeden Mann des persönlichen Vertrauens Hindenburgs.

Die Sozialdemokraten und auch das Zentrum möchten die Eventualität ausgeschlossen wissen, daß vielleicht einmal Oskar eine Tages in die Funktionen des Reichspräsidenten eintreten könnte. Alles in allem ist dies ein Vorstoß, das bei dem hohen Ritz des Reichspräsidenten eines Tages einmal große politische Bedeutung gewinnen kann und hinter dem gesamten Antrag steht, was leider gesagt werden muß, auch ein gewisses

Wittranten gegen die Verlesung des Reichspräsidenten selbst, dem man unter allen Umständen die Möglichkeit nehmen möchte, Einblick auf die Befehle seines Stellvertreters zu nehmen.

Der Redner der Deutschnationalen, von Freitag vorgetragen, wies demgegenüber darauf hin, daß der Reichspräsident durch einen Urteilsspruch in Sachen Preußen ein sehr geringes Maß politischer Einfluß bewiesen habe, da ja durch diesen Urteilsspruch geradezu unmögliche Zustände in Preußen entstanden wären. Er brachte deshalb einen Änderungsantrag ein, der den Reichspräsidenten ermächtigt, im Falle vorzeitiger Erledigung seiner Präsidentschaft seinen Vertreter bis zur Zeit der Neuwahlen zu bestimmen. Indessen

Nationalsozialisten, Zentrum, Bauernliche Volkspartei und Sozialdemokraten hatten sich bereits vorher geeinigt.

Der deutschnationale Antrag wird abgelehnt. Der Antrag der Nationalsozialisten geht mit überwältigender Mehrheit durch. Ziel und Zweck sind in erster und zweiter Lesung, nachdem nicht einmal eine Ausschussung, wie sonst bei wichtigen Gesetzen üblich, für notwendig erachtet worden war. Gegen die dritte Lesung wurde Widerspruch erhoben. So daß der Reichstag sich am Freitag noch einmal damit beschäftigen wird. Es schließt sich nun die Beratung der Gesetzesentwürfe zur Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnungen des Reichspräsidenten an, bei der es nicht ohne Demagogie abgeht, und gegen 8 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag.

(Sitzungsbericht auf Seite 2)

### Umkehr der Steuerpolitik!

Es ist eine uralte Weisheit der Menschheit, in Zeiten des Überflusses Vorräte anzulegen für die Zeiten des Mangels. Denn es ist ein ebenso uraltes Gesetz des Lebens, daß auf gute Ernten Mitherrnen zu folgen pflegen, auf die Zeiten der Fälle Zeiten der Not und der Sorge. Allerdings gehören die Zeiten der Hungersnöte dank der modernen Verkehrsmittel wenigstens für die zivilisierte Welt der Vergangenheit an, weil erfahrungsgemäß schlechte Ernten sich niemals gleichzeitig über den ganzen Erdball verbreiten. Auch sind wir nicht mehr, wie früher, auf ein Hauptnahrungsmittel, vor allem das Getreide, angewiesen. Dazu kommen die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik, die entgegen den Befürchtungen der Volkswirte zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Erde werde bald bei fortschreitender Bevölkerungszunahme nicht mehr in der Lage sein, Brot für alle Menschen zu schaffen, eher dazu geführt haben, daß wir gegenwärtig paradoxerweise Not leiden, weil die Weltzeugung ihren Überfluß an Lebensmitteln nicht abgeben kann. In Umkehr der Befürchtungen der Wirtschaftler vor noch hundert Jahren, sind die Erzeugnisse in den letzten Jahren rascher gewachsen, als die Bevölkerung selbst. Trotzdem ist in der modernen Volkswirtschaft das uralte Gesetz von dem ewigen Wechsel der Zeiten und der mageren Jahre bestetengeblieben, ja, es hat sich mit der zunehmenden Komplexität der wirtschaftlichen Verhältnisse sogar noch verschärft. Krise und Konjunktur in ihrem Wechsel sind uns allen auf Grund unserer persönlichen Ergebnisse nur allzu vertraut geworden. Wir leben, so hoffen wir, am Wendepunkt der schweren Krise aller Zeiten. Und es ist nicht verwunderlich, daß sich Wissenschaft und Praxis, Politik und Staatsführung nicht nur damit beschäftigen, wie man die Krise am raschesten zu überwinden vermöge, sondern auch, welche Lehren aus den Jahren 1929 bis 1932 zu ziehen seien. Man hat eingesehen, daß man Krisen zwar durch geeignete Maßnahmen mildern könne, sie jedoch wohl niemals aus dem Ablauf der Wirtschaft ausschalten könne. Der Traum einer krisenfreien Wirtschaft, der in Deutschland sogar schon zu Parteigründungen geführt hat, wird wohl niemals Wirklichkeit werden. Weder die möglichste Stabilisierung des Geldwertes, noch eine bessere Handhabung der Disinflation, noch der Versuch, die Kreditgewährung in der Postkonjunktur abzumildern und sie in der Krise „auszuweiten“, vermag zu verhindern, daß sich auch in Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung in Wellenlinien vollziehen wird. Einmal aus dem Grunde, weil wir es auch im Wirtschaftsleben mit einem ewigen Naturgesetz zu tun haben. Im Verlauf jeder wirtschaftlichen Entwicklung treten Gleichgewichtsstörungen zwischen Bedarf und Erzeugung, zwischen Produktionsgütern und Bedarfsgütern, und vor allem im Kreislauf von Geld, Kredit und Kapital auf, die nach schmerzlicher Krisenzeit das natürliche Gleichgewicht wiedergewonnen wird. Je verwickelter und feingliedriger eine Volkswirtschaft organisiert ist, um so leichter können Gleichgewichtsstörungen sich entwickeln. Es ist auch ein Irrtum, zu meinen, eine staatliche Planwirtschaft, etwa nach dem Vorbild Sowjetrußlands, könne Krisenereignisse vermeiden. Im Gegenteil, gerade der natürliche Regulator der Wirtschaft, die freie Konkurrenz auf dem freien Markt, die Herausbildung des vollwirtschaftlich zweckmäßigsten Preises im Wege von Angebot und Nachfrage und die Verantwortlichkeit der freien Unternehmerpersönlichkeit für das im Werk angelegte Kapital haben sich noch stets als die besten Waffen gegen Gleichgewichtsstörungen der Wirtschaft erwiesen. Dagegen ist es fast unmöglich, daß von einer staatlichen Planstelle aus der komplizierte Wirtschaftapparat unter bewusstem Verzicht auf die natürlichen Regulatoren so geleitet werden kann, daß der höchste Grad der Produktivität gewährleistet wird. Gerade die Erfahrungen, die wir mit der Auslösung der öffentlichen Wirtschaft und der damit Hand in Hand gehenden Festschließung von Kapital gemacht haben, warnen eindringlich vor einer staatlichen Planwirtschaft. In Krisenzeiten, in denen selbst gutgeleitete private Unternehmungen mit Verlusten zu rechnen haben, muß sich die Volkswirtschaft von Staat und Gemeindefabriken ins Unerträgliche steigern. Da ein Teil der öffentlichen Betriebe in guten Zeiten durch Erzielung von Überschüssen noch die Staatseinnahmen vermehrt, so treffen die Verluste den Staat in Krisenzeiten doppelt schwer, weil er zu seinen sonstigen erhöhten Ausgaben namentlich für die Unterstützung der Arbeitslosen noch die Verluste seiner Betriebe zu decken hat, während umgekehrt die Steuerentnahmen sich in künftigen Jahren befinden. Wir kennen diesen verhängnisvollen Kreislauf aus der Zeit der Notverordnungen Brünings noch allzu gut. Augleich sind diese Erfahrungen ein Beweis dafür, daß eine Volkswirtschaft um so krisenempfindlicher ist, je größer der Anteil öffentlicher Betriebe an der Gesamtwirtschaft ist. Wenn man aus der letzten Krise vor allem eine Lehre ziehen wollte, dann wäre es die, die öffentlichen Betriebe, sobald die Konjunktur ihre Rückgabe an die Privatwirtschaft erlaubt, auf das naturgegebene Maß herabzusetzen. Der jetzige Zustand, in dem die öffentlichen

## Vorläufig noch keine Arbeitsdienstpflicht

### Reichsarbeitsminister Dr. Brüning über den freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 7. Dez. Auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammern am Mittwoch sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brüning in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst über Ziele, Zweck und Erfolge dieses Arbeitsdienstes. Er führte dabei unter anderem folgendes aus: „Der Massenarbeitslosigkeit wird zu einer Gefahr für das Schicksal ganzer Jahrgänge, zu einer Gefahr für unsere Jugend überhaupt. Hier im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes mitzugeben, ist das Grundmotiv der Verordnungen über den freiwilligen Arbeitsdienst. Heute beträgt die Zahl der Arbeitsdienstfreiwilligen 290 000.“

Der Arbeitsdienst umfaßt zwei große Ideenzweige, einen wirtschaftlichen und einen volkserzieherischen. Es ist selbstverständlich, daß beim Arbeitsdienst die Arbeit im Mittelpunkt stehen muß. Dabei handelt es sich um eine körperliche Primärvorteil, die von jedem Arbeitsdienstfreiwilligen und selbst seiner Herkunft nach kurzer Eingewöhnung verrichtet werden kann. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Jugend nach einem derartigen Einsatz über ausgeprägten Körperkräfte verlangt. Weiterhin müssen die Arbeiten zweckvoll sein. Notwendig ist es, Leistungsergebnisse zu erzielen, trotz weniger ausgebildeten Spitzenleistungen. — etwa

durch Gewährung von Prämien. Die Erfüllung dieser Forderung ist in Frage gestellt, wenn bei Regearbeiten nicht auf den Erfolg der Arbeiten gesehen wird, sondern der Arbeitsdienst als eine willkommene Beschäftigungsgelassenheit für Wohlhabenderverhältnisse, also als eine Entlastung von Wohlhabenden betrachtet wird. Weiter müssen die Arbeiten gemeinnützig und zufällig sein. Bei der Frage

#### „freiwilliger Arbeitsdienst oder Arbeitsdienstpflicht“

sei vor allem die Frage entscheidend: „Ist die ideologische Grundlage des Arbeitsdienstes, die eine andere als die der früheren Wehrpflicht ist, trotz der Bewusstheit und politischen Verflechtung unserer Jugend bereits so stark, daß die praktische Durchführung der zwangsweisen Arbeitsdienstpflicht ohne Gefahr schwerer innerer Spannungen unter den Dienstpflichtigen erfolgen kann? Wird der Geist der Kameradschaft und der Gemeinschaftsgebante in den Arbeitslagern nicht durch widerstrebende Dienstpflichtige, deren Dienstleistung durch staatliche Zwangsmittel gesichert werden muß, beeinträchtigt?“

Der Reichsarbeitsminister betonte, erst dann, wenn man im vollen Bewußtsein der Verantwortung für unsere Jugend diese grundlegende Frage bejahe, könne man in weitere Erörterungen über die Arbeitsdienstpflicht eintreten. Im Schluß betonte der Reichsarbeitsminister, daß sich der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgesetzt habe.